



# **ZUKUNFTSPROGRAMM**

**120 JAHRE NÖ BAUERNBUND**

# ZUKUNFTSPROGRAMM DES NÖ BAUERNBUNDES



**Seit 120 Jahren prägt der Niederösterreichische Bauernbund das Land, getragen von Menschen, die Verantwortung übernehmen und aus Liebe zum Land handeln.**

Aufbauend auf vielen Gesprächen, einer Jugendtour mit 26 Veranstaltungen im ganzen Land, bei denen die Jugend zu Wort gekommen ist, und Diskussionsveranstaltungen mit unseren Orts- und Gemeindebauernratsobleuten im ganzen Land ist ein Zukunftsprogramm, das klare Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit gibt, entstanden. Denn unser 120-jähriges Bestehen ist für uns ein Anlass zur politischen Standortbestimmung und zur Formulierung klarer politischer Forderungen. In diesem Jahr geht es für uns um nicht weniger, als konsequent nach vorne zu arbeiten und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Landwirtschaft und Versorgungssicherheit zu schaffen.

LH-Stv. Dr. Stephan **PERNKOPF**  
Bauernbundobmann

Paul **NEMECEK**  
Bauernbunddirektor

[www.noebauernbund-forderungen.at](http://www.noebauernbund-forderungen.at)



## I. LEISTUNG FÖRDERN. EIGENTUM SCHAFFEN.

**Unser Anspruch in der Politik ist und bleibt: „Leistung muss sich wieder lohnen“.**

**Daher muss unseren Bäuerinnen und Bauern unterm Strich mehr bleiben.**

- Klare Absage zu neuen Steuern auf Haus und Hof. Schutz und Förderung von Eigentum
- Ausbau erneuerbarer Energieproduktion und Entwicklung attraktiver Strom- und Einspeisetarife
- Wettbewerbsfähige Betriebsmittelpreise
- Stärkung und Weiterentwicklung des Pauschalierungs- und Einheitswertmodells

## II. WIR SCHAFFEN VERSORGUNGSSICHERHEIT.

**Die gemeinsame EU-Agrarpolitik ist eine wesentliche Stütze dazu. Setzen wir jetzt für die kommende Periode die richtigen Schritte.**

- Stärkung des Versorgungsauftrags in der nationalen und EU-Agrarpolitik sowie Versorgungssicherheits-Gesetzescheck für jedes neue Gesetzesvorhaben
- Eigenständige und zweckgebundene Finanzierung der GAP samt Inflationsanpassung sowie ein nationales Sicherheitsnetz für die Finanzierung der GAP-Übergangsjahre
- Weiterentwicklung statt Befristung: Abkehr von den 7-jährigen GAP-Perioden
- Obergrenzen und Degression samt Umverteilungsprämien nur, wenn EU-weit einheitlich geregelt
- Fortführung und Ausweitung des Grundsatzes „green by definition“ für Bio- und konventionelle Betriebe samt Leistungsanreiz für Umweltmaßnahmen
- Jungländwirtförderung als Basis für zukunftsfähige Betriebe stärken

## III. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND BÜROKRATIEABBAU JETZT.

**Wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten oder sogar ausbauen wollen, müssen wir rasch handeln. Dazu gehören gleiche Regeln für alle und ein Abbau der Bürokratie.**

- Wer in unsere Regale will, muss sich an unsere Regeln halten. Ende der Wettbewerbsverzerrung durch Ramschimporte. Gleiche Regeln im internationalen Handel bedeutet für uns einen Importstopp für Lebensmittel unter unseren Standards (z.B. Einsatz von verbotenen Pflanzenschutzmitteln)
- Ausbau und Verschärfung der Kontrollen für Lebensmittelimporte in die EU

- Pflanzenschutzmittelzulassungen vereinfachen und beschleunigen (gegenseitige Anerkennung ausbauen, etc.) sowie Ende der „befristeten Zulassungen“ auf EU-Ebene
- Absage an wirtschaftsschädliche Regelungen des „Green Deal“ auf EU-Ebene
- Praxistauglichere Regeln für Biber, Fischotter und Co.: Überarbeitung der FFH-Richtlinie, NATURA 2000, Birds-Directive
- Bürokratieabbau und Ende von unnötigen Dokumentationspflichten

#### **IV. INNOVATIONSTURBO ZÜNDEN.**

**Wir sehen Forschung und Wissenschaft als Schlüssel für unsere Zukunft.**

**Daher wollen wir bewusst Ziele vorgeben – Versorgungssicherheit als Auftrag.**

- Rascher, konsequenter Ausbau der Bewässerung und der Wasserinfrastruktur sowie Zukunftsstrategie für unsere Ackerbauregionen
- Digitalisierung nutzen, gleichzeitig aber Datenhoheit und Datensicherheit sicherstellen
- Sicheren Handy- und Internetempfang durch neue Technologien für alle ermöglichen
- Klimawandelangepasste Forschung und Risikomanagement in der Land- und Forstwirtschaft stärken sowie Waldumbau unterstützen
- Umstellung auf neue Technologien und Geräte unterstützen sowie Digitalisierung, Automatisierung nutzbar machen

#### **V. KONSUMENTEN INFORMIEREN.**

**Perspektiven für die Zukunft durch mehr Wertschätzung für die positiven Leistungen der Landwirtschaft in Österreich: Wir erzeugen Produkte mit höchster Qualität und gesicherter Herkunft. Deshalb fordern wir: Wo Österreich draufsteht, muss Österreich drinnen sein.**

- Ausbau der nationalen Herkunftskennzeichnung in Kantinen und Großküchen
- Einführung der Herkunftskennzeichnung bei be- und verarbeiteten Lebensmitteln und in der Gastronomie
- Umsetzung des AMA-Gütesiegels für weitere Ackerkulturen
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu land- und forstwirtschaftlichen Themen (z.B. „Schule am Bauernhof“) ausbauen und stärken
- Österreich-Vorrang in der öffentlichen Beschaffung und Offensive für Konsumenteninformation
- Weiterentwicklung der PEFC-Herkunftskennzeichnung als starkes Zertifikat für Holz aus Österreich und weitere Forcierung des Holzbaus besonders im öffentlichen Bereich

#### **VI. BÄUERLICHES SOZIALSYSTEM VERBESSERN.**

**Das bäuerliche Sozialsystem unterstützt nicht nur in Not- und Unfallsituationen. Es ist auch Grundlage für unsere bäuerlichen Familienbetriebe und ihr generationsübergreifendes Denken und Handeln.**

- Beendigung der Nachteile durch Mehrfachversicherung (z.B. Anrechnung der Beiträge auf die Mindestbeitragsberechnung)
- Gleicher Zugang für Bäuerinnen zur Schwerarbeitspension
- Kostenbremse bei Sozialversicherungsbeiträgen
- Entfall der SV-Beiträge (z.B. 1 Jahr) für Hinterbliebene bei Arbeitsunfällen mit Todesfolge
- Erhöhung der Freibetragsgrenze (landwirtschaftliche Nebentätigkeit)
- Verdoppelung des SVS-Sicherheits- und Gesundheitshunderterers

#### **VII. BILDUNG ALS SCHLÜSSEL UNSERES ERFOLGS.**

**Unser System der Aus- und Weiterbildung in Österreich ist seit Generationen der Schlüssel für eine erfolgreiche Land- und Forstwirtschaft.**

- Stärkung der land- und forstwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung vom Fachschüler, Meister bis zum Master (z.B. Fachschul-Investitionsprogramm, Ausbau des Agrar-FH-Studienganges)
- Agrarlehrkräfte-Ausbildung neu gestalten: mehr Durchlässigkeit und bessere Integration in bestehende Ausbildungen
- Schulung sowie Ausbau der tiergesundheitlichen Befugnisse für Landwirte (z.B. TGD) forcieren sowie die tierärztliche Versorgung sicherstellen

# UNSERE FORDERUNGEN IM DETAIL



## I. LEISTUNG FÖRDERN. EIGENTUM SCHAFFEN.

**Unser Anspruch in der Politik ist und bleibt: „Leistung muss sich wieder lohnen“.  
Daher muss unseren Bäuerinnen und Bauern unterm Strich mehr bleiben.**

- **Klare Absage zu neuen Steuern auf Haus und Hof. Schutz und Förderung von Eigentum.**

Eigentum – wie Haus und Hof, Grund und Boden – ist die Basis für unsere Familienbetriebe. In den letzten Wochen und Monaten wurde der Ruf nach Eigentumssteuern wieder lauter. Eine linke Front, angeführt durch den derzeitigen Finanzminister Marterbauer, sieht in solchen eigentumsfeindlichen Steuern ein Mittel zur Budgetsanierung bzw. ein Mittel zur Finanzierung des Sozialstaats. Die Grünen starten Unterschriftenaktionen und linke Thinktanks wie das „Momentum Institut“ errechnen fleißig die vermeintlichen Vorzüge dieser Steuerfantasien. Verpackt werden diese Ideen dann als „Millionärssteuer“. Als Bauernbund erteilen wir diesen leistungsfeindlichen Vorstellungen eine klare Absage. In Deutschland sehen wir, wie die mittlerweile abgewählte linke Bundesregierung [Rot, Grün, Liberal] ihre eigentumsfeindlichen Steuerideen umgesetzt hat:

**Beispiel neue Erbschafts- / Schenkungssteuer in Deutschland:**

Kleines Einfamilienhaus: (Verkehrs-)Wert ca. 600.000 € (Grundstück inkl. Haus)

- NEU: per 1.1.2023 in Deutschland: 90.000 € Erbschafts- / Schenkungssteuern
- aktuell in Österreich: 0 €

Beim Blick zu unseren deutschen Nachbarn wird klar:

„Sie sagen Millionäre, meinen aber den Mittelstand.“

Auch der rechtliche Schutz vor Stalleinbrüchen und unerlaubter Grundbenützung – wie beispielsweise Mountainbiken im Wald – ist ein wiederkehrendes gesellschaftliches Thema.

Der NÖ Bauernbund bietet seinen Mitgliedern dazu bereits seit 2024 eine konkrete Unterstützung und hat für alle seine Mitglieder als kostenloses Service eine Wegehaltermversicherung abgeschlossen. Die Haftpflichtversicherung deckt Rechtsvertretungskosten sowie Sach- und Personenschäden für Wege, die Bauernbundmitglieder besitzen oder bewirtschaften, bis zu einer Höhe von fünf Millionen Euro ab.

### **ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Eine klare Absage an eigentumsfeindliche Steuern (Erbschafts-, Vermögens- und Schenkungssteuern)**
- **Besserer (rechtlicher) Schutz vor Stalleinbrüchen und unerlaubter Grundbenützung (z.B. Mountainbiken im Wald)**

- **Ausbau erneuerbarer Energieproduktion und Entwicklung attraktiver Strom- und Einspeisetarife**

Die Kosten für Energie sind, nicht zuletzt aufgrund der multiplen Krisen, in den letzten Jahren massiv gestiegen und gefährden den Produktionsstandort Österreich. Der Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion, besonders auch aus Biomasse (z.B. Erhöhung der Treibstoff-Beimischung, Erlassung „Erneuerbares-Gas-Gesetz“), ist daher zu forcieren.

Stromkosten machen etwa bei der Kühlung, Bewässerung, Lüftung, etc. für Stall und Hof einen großen Kostenfaktor aus. Eine Vervielfachung der Strompreise können wir daher nicht akzeptieren. Für die Sicherstellung der österreichischen Produktion von Lebensmitteln müssen die Energieversorger auf die Bedürfnisse und Anforderungen ihrer Kunden eingehen.

#### **ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Ausbau der Energieproduktion aus Biomasse durch Schaffung stabiler Rahmenbedingungen (Treibstoff-Beimischung erhöhen, Erneuerbares-Gas-Gesetz erlassen)**
- **Eigene, attraktive Agrarstromtarife für unsere Landwirtschaft**
- **Einspeisemodelle als Anreiz für die Stromproduktion verbessern, Ausbau von PV-Anlagen (auf Dächern) sowie mangelnde Netzkapazitäten beseitigen**
- **Vorrang für PV-Anlagen auf Dächern und unproduktiven Flächen (Deponien, Parkplätzen, etc.)**
- **Senkung der steigenden Netzkosten durch ein Umlagesystem bzw. Ausgleichsregulativ auf ganz Österreich**

- **Wettbewerbsfähige Betriebsmittelpreise**

In den letzten Jahren wurde unseren österreichischen Bäuerinnen und Bauern von der Bundesregierung der CO<sub>2</sub>-Preis sowie ein Teil der Mineralölsteuer rückvergütet, um Wettbewerbsgleichheit mit den Berufskollegen in den EU-Ländern herzustellen. Diese befristeten Rückvergütungsmaßnahmen sind 2025 ausgelaufen. Ebenso stellt uns der europaweite Zertifikatshandel ETS 2 vor große Herausforderungen, denn derzeit zeichnet sich eine uneinheitliche Umsetzung innerhalb der EU-Landwirtschaft ab. Daher fordern wir eine dauerhafte Verlängerung der obigen Maßnahmen, um Wettbewerbsgleichheit in der EU herzustellen. Zusätzlich haben die Einführung der CO<sub>2</sub>-„Grenzausgleichszölle“ sowie die Anti-Dumpingzölle für Düngemittel auf europäischer Ebene große Verunsicherung am Markt verursacht. Aktuelle Krisen verstärken diese Tendenz und verursachen eine Explosion der Düngerpreise. Die EU muss daher rasch reagieren und diese Zölle streichen.

#### **ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Dauerhafte Verlängerung eines CO<sub>2</sub>-Preis- und steuerbegünstigten Agrardiesels**
- **Umsetzung eines EU-weit einheitlichen CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystems (z.B. ETS 2), damit es zu keinen Wettbewerbsbenachteiligungen für die österr. Landwirtschaft kommt. Rechtliche Ausnahmen (z.B. für Agrardiesel bzw. Gas für Glashäuser u.dgl.) nutzen.**
- **CO<sub>2</sub>-„Grenzausgleichszölle“ (CBAM) und Anti-Dumpingzölle für Düngemittel streichen und Abhängigkeiten reduzieren**
- **Forschungsoffensive zur Reduktion der Abhängigkeit bei Düngemitteln sowie zur CO<sub>2</sub>-effizienten Stickstoffdüngerproduktion**

- **Stärkung und Weiterentwicklung des Pauschalierungs- und Einheitswertmodells**

Der Einheitswert ist das Fundament unserer familiengeführten Land- und Forstwirtschaft in Österreich. Er stellt die Grundlage für die Festsetzung von Steuern und Abgaben oder auch den Erhalt von Leistungen (Familienbeihilfe, etc.) dar. Bei der aktuellen Einheitswert-Hauptfeststellung 2023 (laut Gesetz alle 9 Jahre notwendig) werden erstmals automatisch Klimawandelfaktoren (Hitze, Trockenheit, etc.) eingepreist und der Einheitswert dadurch reduziert. Durch die gesetzliche Neuregelung der Einheitswertfeststellung wurde dieses System zukunftsfit aufgestellt. Auch die Pauschalierungsgrenzen wurden im Zuge der letzten Steuerreform vereinfacht.

#### **ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**eine stetige Weiterentwicklung, laufende Aktualisierung und damit Stärkung des Einheitswertmodells sowie der Pauschalierung (u.a. durch Wertanpassung/Anhebung der Pauschalierungsgrenzen)**

## **II. WIR SCHAFFEN VERSORGUNGSSICHERHEIT.**

Die gemeinsame EU-Agrarpolitik ist eine wesentliche Stütze dazu. Setzen wir jetzt für die kommende Periode die richtigen Schritte.

- **Stärkung des Versorgungsauftrags in der nationalen und EU-Agrarpolitik sowie Versorgungssicherheits-Gesetzescheck für jedes neue Gesetzesvorhaben**

Unsere Bäuerinnen und Bauern kommen, besonders durch Entscheidungen auf der europäischen Ebene, vermehrt in eine gefährliche Doppelmühle. Steigende Energie- und Produktionskosten auf der einen Seite, höhere Ansprüche der Gesellschaft sowie des Gesetzgebers, verbunden mit Einschränkungen, und massive Auswirkungen des Klimawandels auf der anderen Seite. Wir brauchen jetzt vor allem eines: Planungssicherheit und mehr Handlungsspielraum. In Österreich ist klar, die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln muss Teil unserer umfassenden Landesverteidigung sein und als zentraler Schwerpunkt zur Erhöhung der Krisenvorsorge und Resilienz vor Krisen dienen.

**Auf EU-Ebene muss es zu einer Stärkung der durch die Mitgliedsstaaten festgelegten Kernziele der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (Artikel 38 AEUV) kommen:**

- Erhalt der Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts und durch bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte
- Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards für die landwirtschaftliche Bevölkerung
- Stabilisierung der Märkte
- Sicherstellung der Versorgung
- Sicherstellung angemessener Preise für die Verbraucher

Schon jetzt müssen wir die Weichen für die kommende GAP-Periode in Richtung Versorgungssicherheit stellen. Ein gemeinsamer Markt braucht zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele auch in Zukunft einheitliche Regeln. Besonders durch die Maßnahmen des „Green Deal“ wurden diese Kernziele teils konterkariert. Dieses Rad wieder zurückzudrehen, ist mühsam, aber notwendig, wenn wir eine leistungsfähige europäische Landwirtschaft erhalten möchten. Wichtig ist es aber auch, dass wir in Zukunft nicht wieder dieselben Fehler begehen. Daher muss es zu einem Versorgungssicherheits-Gesetzescheck kommen.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Stärkere Orientierung in der kommenden Periode der gemeinsamen EU-Agrarpolitik an diesen 5 Kernzielen**
- **Die GAP muss Abhängigkeiten reduzieren und Versorgungssicherheit schaffen. Besonders die Eiweißlücke muss durch konsequente Umsetzung der Eiweißstrategie in der kommenden GAP geschlossen werden.**
- **Weiterhin einheitliche Regeln für einen gemeinsamen Markt**
- **Versorgungssicherheits-Gesetzescheck für jedes neue Gesetzesvorhaben**

• **Eigenständige und zweckgebundene Finanzierung der GAP samt Inflationsanpassung sowie ein nationales Sicherheitsnetz für die Finanzierung der GAP-Übergangsjahre**

Der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission zur Mittelaufteilung im EU-Budget („Singlefund“) ist abzulehnen. Sowohl die Höhe der budgetierten Agrargelder als auch die Logik, dass es sich nicht wie bisher um ausschließlich zweckgebundene Mittel für die Landwirtschaft handelt, ist eine Fehlkonstruktion. Obwohl das EU-Budget massiv steigt, wurde die Höhe der EU-Agrargelder im neuen Budget nicht ausreichend vorgesehen und die Inflation ist nicht berücksichtigt.

Österreich wurde über Jahre als Positivbeispiel für nachhaltige, umweltfreundliche Landwirtschaft hervorgehoben – unsere Programme wie ÖPUL, UBB oder auch Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete. Dass für diese Programme nun keine klare Finanzierung gesichert ist, kann so nicht unterstützt werden. Weiters droht durch die Nationalisierung der Gelder ein größeres Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten. Es darf keine nationale „Überförderung“ einzelner Sparten geben, die den gemeinsamen Markt verzerren würden. Zusätzlich stellt uns der Zeitraum, in dem bereits das neue EU-Budget angewendet wird, jedoch noch die Maßnahmen der „alten“ GAP gelten, vor finanzielle Herausforderungen („Alte Maßnahmen, neues Geld“). Wie bereits in der Vergangenheit fordern wir daher ein nationales Sicherheitsnetz zur umfassenden Finanzierung der GAP während dieser Übergangsjahre.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Eigenständige und zweckgebundene Finanzierung der GAP samt Inflationsanpassung**
- **Nationales Sicherheitsnetz für die Finanzierung der GAP-Übergangsjahre**
- **Jeder Euro, den wir nicht aus Brüssel abholen, muss national finanziert werden, kein Minus für unsere Bauern in der kommenden GAP**

- **Verfügung der Finanzmittel der GAP muss auch weiterhin beim Landwirtschaftsminister liegen**
- **Sicherung der bisherigen Ko-Finanzierung durch Bund und Länder**
- **Weiterhin jeden Euro aus Brüssel abholen: Nationales Bekenntnis zur Kofinanzierung**

- **Weiterentwicklung statt Befristung: Abkehr von den 7-jährigen GAP-Perioden**

Ein Konstruktionsfehler der gemeinsamen EU-Agrarpolitik ist die Befristung in der jeweiligen Periode auf 7 Jahre. Diese für Gesetze unübliche Befristung ist die Hauptursache für die Überbürokratisierung der Agrarpolitik und für alle Beteiligten eine große Belastung. Zusätzlich werden die Maßnahmen der GAP oft auch noch innerhalb der Periode verändert.

Auch wenn die Umsetzung dieser Forderung einen weiten Weg bedeutet, wollen wir diesen Weg gehen und das Ende von befristeten GAP-Perioden einläuten.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Abkehr von den 7-jährigen GAP-Perioden (unbefristete Gültigkeit)**
- **Kontinuierliche Weiterentwicklung und Verbesserung der GAP statt Befristung**

- **Obergrenzen und Degression samt Umverteilungsprämien nur, wenn EU-weit einheitlich geregelt**

Die populistische und unsachliche Diskussion über „große und kleine Bauern“ hilft niemandem. Wer in Österreich als „groß“ gilt, ist im EU-Vergleich bestenfalls im Mittelfeld. Nationale Förderobergrenzen verschlechtern daher nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer österreichischen Betriebe gegenüber anderen Mitgliedsstaaten. Ebenso verhält es sich in der Diskussion um Umverteilungsprämien. Damit beide Maßnahmen über das populistische Maß hinaus Wirkung erzielen, müssen sie EU-weit einheitlich geregelt werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Obergrenzen und Degression samt Umverteilungsprämien nur, wenn EU-weit einheitlich geregelt**

- **Fortführung und Ausweitung des Grundsatzes „green by definition“ für Bio- und konventionelle Betriebe samt Leistungsanreiz für Umweltmaßnahmen**

Österreich ist nicht nur Bio- sondern auch Umwelteuropameister, denn die Anzahl der Biobauern, aber auch die Anzahl der konventionellen Bauern, die an freiwilligen Umweltmaßnahmen teilnehmen, ist EU-weit einzigartig. Dieser Umstand darf aber zu keiner Benachteiligung der österreichischen Landwirte führen. Im Gegenteil: Ein finanzieller Leistungsanreiz für Umweltmaßnahmen muss ermöglicht werden. Ebenso muss der Grundsatz „green by definition“ für Biobauern beibehalten und für konventionelle Bauern neu ermöglicht werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Fortführung und Ausweitung des Grundsatzes „green by definition“ für Bio- und konventionelle Betriebe samt Leistungsanreiz für Umweltmaßnahmen**

- **Junglandwirteförderung als Basis für zukunftsfähige Betriebe stärken**

Österreichs Landwirtschaft ist eine der jüngsten innerhalb der EU. Damit dies auch so bleibt, muss die Junglandwirteförderung als Basis für zukunftsfähige Betriebe gestärkt und ausgebaut werden. Wichtig ist, dass die strengen Antragsfristen durch Übergangsregeln entschärft werden und die Budgets für die Junglandwirteförderung rechtlich verbindlich für die Mitgliedsstaaten festgeschrieben werden. Ebenso sollen für eine Erleichterung der Hofübernahmen die Investitionsförderung ausgebaut und die Niederlassungsprämie für Junglandwirte abgesichert werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Junglandwirteförderung als Basis für zukunftsfähige Betriebe stärken**

### III. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND BÜROKRATIEABBAU JETZT.

Wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten oder sogar ausbauen wollen, müssen wir rasch handeln. Dazu gehören gleiche Regeln für alle und ein Abbau der Bürokratie.

- **Wer in unsere Regale will, muss sich an unsere Regeln halten. Ende der Wettbewerbsverzerrung durch Ramschimporte. Gleiche Regeln im internationalen Handel bedeutet für uns einen Importstopp für Lebensmittel unter unseren Standards (z.B. Einsatz von verbotenen Pflanzenschutzmitteln).**

Die Einhaltung unserer hohen Standards auch bei Importen in die EU stellt eine Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe dar. Die Lebensmittelproduktion in der EU erfolgt unter den weltweit höchsten Standards. Leider gelten diese hohen Standards nicht auch für Import-Lebensmittel. Aktuell werden bei der Einfuhr von Produkten in die EU „nur“ die Produktstandards (z.B. Rückstandsgrenzwerte, Gesundheitsgefährdung, etc.) überprüft. Völlig unbeachtet bleiben die Produktionsstandards (Einsatz von in der EU verbotenen Pflanzenschutzmitteln, Tierwohl etc.). Das heißt, es muss der Grundsatz gelten, dass andere Staaten im Zuge von Handelsabkommen ihre Standards auf EU-Niveau anheben müssen.

#### ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:

- **Umstellung vom Produktstandard- zum Produktionsstandardprinzip**
- **Produkte mit in Europa verbotenen Produktionsstandards dürfen nicht mehr importiert werden**
- **Kein Vollbeitritt der Ukraine zur Europäischen Union. Importe von Agrarprodukten nur unter Einhaltung der hohen europäischen Standards. Die EU muss in die landw. Produktion der Ukraine zudem lenkend eingreifen (z.B. zur Schließung der Eiweißlücke).**

- **Ausbau und Verschärfung der Kontrollen für Lebensmittelimporte in die EU**

Während unsere Betriebe innerhalb der EU von mehreren Kontrollstellen beinahe lückenlos überprüft werden, finden Kontrollen bei Importen in die EU nur stichprobenartig und meist ohne große Konsequenzen statt. Hier muss es zu einer Umschichtung der Kontrollen, weg von unseren Betrieben, hin zu Importen kommen. Ebenso müssen die Kontrollen bereits in den Herkunftsländern verstärkt werden. Ein jährlicher, öffentlicher Kontrollbericht soll dazu transparent informieren.

#### ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:

- **Ausbau und Verschärfung der Kontrollen für Lebensmittelimporte in die EU**
- **Jährlicher, öffentlicher Kontrollbericht für Lebensmittelimporte**

- **Pflanzenschutzmittelzulassungen vereinfachen und beschleunigen (gegenseitige Anerkennung ausbauen, etc.) sowie Ende der „befristeten Zulassungen“ auf EU-Ebene**

In den letzten Jahren kam es zu dramatischen Einschränkungen der Pflanzenschutzwirkstoffe innerhalb der EU. Pflanzenschutzmittelproduzenten beantragen aufgrund der hohen Bürokratie und Kosten oftmals überhaupt keine neue Zulassung mehr für die EU. Europa fällt damit im internationalen Wettbewerb zurück. Hier muss es zu deutlichen Verbesserungen kommen.

#### ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:

**Pflanzenschutzmittelzulassungen vereinfachen und beschleunigen (gegenseitige Anerkennung ausbauen, etc.) sowie Ende der „befristeten Zulassungen“ auf EU-Ebene**

- **Absage an wirtschaftsschädliche Regelungen des „Green Deal“ auf EU-Ebene**

Unter „Green Deal“ versteht man den Plan der EU, bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu werden. Dieses Ziel tragen wir als bäuerliche Interessenvertretung mit. Als erste Betroffene des Klimawandels und von zunehmenden Wetterextremen müssen wir Schritte setzen. Die aktuell vorliegenden Maßnahmen von der Entwaldungsverordnung bis hin zur Renaturierungsverordnung schwächen jedoch unsere Wettbewerbsfähigkeit weiter und bauen unnötige Bürokratie auf.

Wir arbeiten daher am Stopp oder, wo uns das nicht mehr gelingt, an der Neutralisierung überschießender und kontraproduktiver Maßnahmen. Was wir zudem nicht akzeptieren werden, ist eine Finanzierung dieser im Gesamtinteresse der EU stehenden Maßnahmen aus dem Agrarbudget. Gerade jetzt, in Zeiten von Sparpaketen und engem Budget, fordern wir Mut zur Streichung überschießender Projekte aus der Vergangenheit.

#### **ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Absage an wirtschaftsschädliche und überschießende Regelungen des „Green Deal“ auf EU-Ebene und bis dahin:**

- **Umsetzungstopp/Aussetzen von wirtschaftsschädlichen Regelungen des „Green Deal“**
- **Keine Finanzierung durch agrarische Gelder**
- **Regelungen praxistauglich neu aufsetzen und von Grund auf abspecken**
- **Industrieemissionsrichtlinie praxistauglich gestalten, mit Augenmaß umsetzen und Grenzen für die Betriebe deutlich erhöhen**

- **Praxistauglichere Regeln für Biber, Fischotter und Co.: Überarbeitung der FFH-Richtlinie, NATURA 2000, Birds-Directive**

Der gemeinsame Schutz von Flora und Fauna ist wesentliches Anliegen unserer Politik. Natur und Nachhaltigkeit sind für uns keine Schlagwörter, um kurzfristige Politik zu betreiben, sondern ehrliches Anliegen und unsere Wirtschaftsgrundlage. Ohne intakte Natur haben unsere Betriebe keine Zukunft. Aber auch die Natur entwickelt sich weiter. Galt der Wolf in unseren Gebieten vor einem Jahrzehnt noch als ausgerottet, bilden sich aktuell nachhaltige Populationen. Während beim Wolf eine Anpassung der gesetzlichen Regeln durch jahrelange, konsequente politische Arbeit gelungen ist, sehen wir diese Entwicklung bei anderen Tierarten (z.B. Biber) noch nicht.

#### **ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Praxistauglichere Regeln für Biber, Fischotter und Co.: Überarbeitung der FFH-Richtlinie, NATURA 2000, Birds-Directive**
- **Keine Finanzierung aus Mitteln der GAP**
- **Jede zusätzliche Maßnahme für Natur- und Artenschutz muss zusätzlich finanziert werden**

- **Bürokratieabbau und Ende von unnötigen Dokumentationspflichten**

Die Dokumentationspflichten haben ein Ausmaß erreicht, wo wir als Bauernbund klar sagen: „Es reicht“. Wir bekennen uns zu sinnvollen und praxistauglichen Aufzeichnungen, lehnen aber unnötige Dokumentationspflichten ab. Dabei ist die Liste von übertriebenen, oft sinnentleerten Dokumentationspflichten, die in den vergangenen Jahren angewachsen ist, lang. Das Wesen der Anlassgesetzgebung verschlechtert diesen unseligen Trend zusätzlich – sei es bei Pflanzenschutzmittelanwendungen oder in der Tierhaltung (Tierhalterklärung – Schwanzkupieren, Weideaufzeichnungen, etc.), aber auch beim Flächenmonitoring (z.B. zur Beurteilung der flächendeckenden Begrünung). Als Bauernbund ist uns klar, dass hier jede Ebene (Land, Bund, Kammer, AMA, EU, etc.) ihre Hausaufgaben zu erledigen hat und konkrete Vorschläge zur Reduktion der Dokumentationspflichten bringen muss und überprüfen soll, ob es bei EU-Regeln zu einer nationalen Übererfüllung („Golden plating“) kommt.

#### **ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Bürokratieabbau und Ende von unnötigen Dokumentationspflichten**
- **Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten nur, wenn praxistauglich und inhaltlich nachvollziehbar**
- **Reduktion der „Leermeldungen“**
- **Pflanzenschutzmittelaufzeichnung auf sinnvolles Maß reduzieren**
- **Rodentizid-Sachkundeausweis mit Pflanzenschutz-Sachkundenachweis zusammenfügen**
- **RED II-Dokumentationen für Biomasse streichen**
- **Flächenmonitoring praxistauglich gestalten**
- **Weideaufzeichnungen vereinfachen u.v.m.**

## IV. INNOVATIONSTURBO ZÜNDEN.

**Wir sehen Forschung und Wissenschaft als Schlüssel für unsere Zukunft.  
Daher wollen wir bewusst Ziele vorgeben – Versorgungssicherheit als Auftrag.**

- **Rascher, konsequenter Ausbau der Bewässerung und der Wasserinfrastruktur sowie Zukunftsstrategie für unsere Ackerbauregionen**

In den letzten 20 Jahren wurden die 15 heißesten Jahre der letzten 150 Jahre gemessen. Der Klimawandel ist für alle spürbar, bei uns angekommen und stellt unsere Bäuerinnen und Bauern vor große Herausforderungen. Die Auswirkungen sind im ganzen Land zu spüren. Hier müssen wir jetzt die nötigen, konkreten Schritte einleiten, um eine rasche Verwirklichung der Bewässerungspläne für Niederösterreich zu gewährleisten. Eine Realisierung der Projekte zur Nutzung von Donauwasser für überregionale Bewässerung für das

- Wiener Becken (und nördl. Burgenland)
- Weinviertel und östliche Waldviertel sind vorzubereiten (UVP-Vorverfahren und UVP-Verfahren) und im Detail zu planen – mit dem Ziel einer beginnenden Realisierung ab 2030.

### **ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Rascher Ausbau der Bewässerungsinfrastruktur für die Landwirtschaft**
- **Versorgung mit ausreichend Wasser als Basis für die zukünftige Entwicklung ganzer Regionen – weit über die Landwirtschaft hinaus**
- **Sicherstellung der Wasserinfrastruktur durch überregionale Maßnahmen**
- **Klare rechtliche Rahmenbedingungen für die Regelung der Wasserentnahme, z.B. aus Oberflächengewässern**
- **Umfassende Strategie für unsere Ackerbauregionen entwickeln (Bewässerung, Pachtthematik etc.)**

- **Digitalisierung nutzen, gleichzeitig aber Datenhoheit und Datensicherheit sicherstellen**

Die Möglichkeiten der Digitalisierung und die Nutzung von KI (Künstlicher Intelligenz) schreiten voran. Dieser Bereich wächst enorm, gesetzliche Regularien fehlen vielerorts. Besonders die Datenhoheit, also der Besitz der Daten, muss strenger geregelt werden.

Aber auch der Zugang zu Daten muss mit Augenmaß geregelt sein. Die Vielzahl an Daten (Wetter, Kulturentwicklung, Hanglage, usw.), die uns zur Verfügung stehen, sollte sinnvoll genutzt werden. Die Schaffung eines gemeinsamen Agrardatenraums könnte die Digitalisierung vorantreiben und den Verwaltungsaufwand deutlich reduzieren.

Die neuen Technologien können viel zu unserem Nutzen beitragen, sie müssen jedoch klar reglementiert werden. Hier müssen, gemeinsam mit der Wissenschaft, klare Regeln entwickelt werden.

### **ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Rasche Entwicklung klarer Regeln für den Einsatz von künstlicher Intelligenz**
- **Beschluss zum Schutz der Persönlichkeitsrechte und Privatsphäre**
- **Neue Systeme müssen anwenderfreundlich und verständlich für unsere Landwirte sein und zu einer Verwaltungsvereinfachung führen (z.B. weniger Vor-Ort-Kontrollen)**

- **Sicheren Handy- und Internetempfang durch neue Technologien für alle ermöglichen**

Unsere Bauernhöfe sind in den Regionen, im Dorfverband, in Streu- oder Einzellage, fest verwurzelt. Für uns ist klar: Es braucht gleiche Chancen für die Menschen in Stadt und Land. Genauso wie früher Wasser und Strom flächendeckend ausgebaut wurden, müssen heute auch Mobilfunk und Internet, unabhängig von der Lage des Hofes, zur Verfügung stehen.

### **ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Vollwertiger Ausbau und Sicherstellung von Handyempfang und Internet auf unseren Höfen**
- **Breitbandausbau darf nicht nur im Siedlungsgebiet erfolgen**
- **Nutzung und Förderung aller neuen Technologien zur Sicherstellung dieser Ziele (z.B. Verstärkerantennen)**

- **Klimawandelangepasste Forschung und Risikomanagement in der Land- und Forstwirtschaft stärken sowie Waldumbau unterstützen**

Der Klimawandel stellt für unsere Betriebe eine große Umstellung dar. Damit unsere Bäuerinnen und Bauern in Zukunft weiterhin die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in Österreich sicherstellen können und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft erhalten bleibt, braucht es leistbare Ertragsausfallsversicherungen und eine Forschungsoffensive. Es braucht hier dringend kurz- und mittelfristige Strategien zur Klimawandelanpassung sowie Innovationen in Bereichen wie Pflanzenschutz und Züchtung. Hier dürfen wir im weltweiten Wettkampf nicht zurückfallen. Der Wald leidet unter der Klimaveränderung am sichtbarsten. Es ist daher dringend notwendig, unsere Wälder durch gezielten Umbau auf die neue Situation einzustellen.

Die dabei anfallenden hohen Kosten sollen durch den Waldfonds dauerhaft unterstützt werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- Klimawandelangepasste Forschung und Risikomanagement in der Land- und Forstwirtschaft stärken sowie Waldumbau unterstützen
- Erhalt einer leistbaren Hagelversicherung
- Dauerhafte Dotierung und damit Absicherung des Waldfonds

- **Umstellung auf neue Technologien und Geräte unterstützen sowie Digitalisierung, Automatisierung nutzbar machen**

Auch in der Landwirtschaft halten moderne Technologien und Geräte (Fütterungs- und Melkroboter und Geräte der Innenmechanisierung, e-Hoflader, e-Stapler etc.) Einzug. Ebenso können die Digitalisierung, Automatisierung und die Möglichkeiten der KI großen Mehrwert für unsere Bäuerinnen und Bauern bieten. Wichtig ist, dass wir diese Technologien für alle Betriebe nutzbar machen.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- Umstellung auf neue Technologien und Geräte unterstützen sowie Digitalisierung, Automatisierung nutzbar machen
- Ausweitung der Aktion „Energieautarker Bauernhof“
- Rasche Etablierung intelligenter Speicherlösungen (Stichwort: bidirektionales Laden) zur Netzentlastung

## V. KONSUMENTEN INFORMIEREN.

**Perspektiven für die Zukunft durch mehr Wertschätzung für die positiven Leistungen der Landwirtschaft in Österreich: Wir erzeugen Produkte mit höchster Qualität und gesicherter Herkunft. Deshalb fordern wir: Wo Österreich draufsteht, muss Österreich drinnen sein.**

- **Ausbau der nationalen Herkunftskennzeichnung in Kantinen und Großküchen**

Jeden Tag werden rund 2,2 Millionen Mahlzeiten in Österreich in Großküchen (z.B. Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Schulen oder Betriebskantinen) zubereitet. Seit 1. September 2023 ist die gesetzlich verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung (= private und öffentliche Großküchen und Kantinen) für Milch- und Milchprodukte, Eier und Fleisch in Österreich verpflichtend. Dieses System ist etabliert und hat sich bewährt. Nun muss es auf Obst und Gemüse ausgeweitet werden. Eine verpflichtende, österreichweite Transparenzdatenbank für Kantinen und Großküchen soll einen Überblick geben.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- Ausbau der nationalen Herkunftskennzeichnung in Kantinen und Großküchen für Obst und Gemüse sowie Etablierung einer österreichweiten Transparenzdatenbank

- **Einführung der Herkunftskennzeichnung bei be- und verarbeiteten Lebensmitteln und in der Gastronomie**

Die gesetzlich verpflichtende Herkunftskennzeichnung, wie bereits seit 2023 in Großküchen und Kantinen verankert, muss auch in der Gastronomie und bei be- und verarbeiteten Lebensmitteln umgesetzt werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Rasche Einführung der gesetzlich verpflichtenden Herkunftskennzeichnung bei be- und verarbeiteten Lebensmitteln (Wurst, Nudeln etc.)**
- **Umsetzung der Herkunftskennzeichnung auch in der Gastronomie**
- **Ermöglichung der verpflichtenden Länderkennzeichnung**

- **Umsetzung des AMA-Gütesiegels für weitere Ackerkulturen**

Das AMA-Gütesiegel hat sich seit der Einführung im Jahr 1994 bei Fleisch, Milch und Gemüse bewährt und besitzt eine hohe Glaubwürdigkeit beim Konsumenten. Seit der Ernte 2024 gilt eine Ausweitung des AMA-Gütesiegels auf Getreide. Weitere Ackerkulturen (Zucker, Öle etc.) müssen nun folgen.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Umsetzung des AMA-Gütesiegels für weitere Ackerkulturen**

- **Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu land- und forstwirtschaftlichen Themen (z.B. „Schule am Bauernhof“) ausbauen und stärken**

Durch die Bevölkerungsentwicklung ist oftmals der direkte Bezug zur Landwirtschaft im familiären Umfeld heute nicht mehr gegeben. Maßnahmen wie „Schule am Bauernhof“ sollen daher die Beziehung zu den Konsumenten verbessern. Aktuell gibt es rund 160 „Schule am Bauernhof“-Betriebe in Niederösterreich, die im Jahr 2022 über 1.200 Besuche auf den Höfen durchgeführt haben. Gemeinsam mit der Aktion „Landwirtschaft in der Schule“ werden jährlich rund 30.000 Kinder in Niederösterreich mit bäuerlichen Erlebnisprogrammen erreicht.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Weitere Aufstockung der „Schule am Bauernhof“-Betriebe**
- **Kontakt mit 40.000 Kindern pro Jahr bis 2030**
- **Jedes Kind soll bis zum Ende der Schullaufbahn einen Bauernhof besuchen.**
- **Einführung eines Schulfachs „Lebensmittelkunde“ und Ausbau der Lehrerbildung zu diesen Themen**
- **Weiterer Ausbau der aktiven Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu land- und forstwirtschaftlichem Eigentum sowie nachhaltiger Produktion**

- **Österreich-Vorrang in der öffentlichen Beschaffung und Offensive für Konsumenteninformation**

Bei der Beschaffung von Lebensmitteln für Großküchen und Kantinen im öffentlichen Bereich muss auf die hohen Standards der österreichischen Produktion Rücksicht genommen werden. Es darf nicht nur der billigste Preis eine Rolle spielen, sondern auch die Produktqualität und die Produktstandards. Oftmals wird eine vermeintlich mangelnde Verfügbarkeit als Ausrede verwendet. Besonders die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen und österreichischen Produkten den Vorrang geben. Kriterien wie Versorgungssicherheit müssen endlich Einzug in das Beschaffungswesen finden, wie die Möglichkeit der Dezentralisierung der Ausschreibung und Beschaffung. Ebenso müssen wir den Konsumenten die positiven Leistungen der Landwirtschaft wieder vermehrt bewusst machen, um mehr Wertschätzung zu erzeugen. Für solche Informationsoffensiven sollen in Zukunft vermehrt bisher nicht abgeholte finanzielle Mittel aus Brüssel genutzt werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Österreich-Vorrang in der öffentlichen Beschaffung und Offensive für Konsumenteninformation**

- **Weiterentwicklung der PEFC-Herkunftskennzeichnung als starkes Zertifikat für Holz aus Österreich und weitere Forcierung des Holzbaus besonders im öffentlichen Bereich**

Die Herkunft von Holz bleibt für Konsumenten oftmals im Unklaren. Für Österreich als waldrreiches Land, in dem jährlich enorme Mengen an Holz zuwachsen, muss klar sein, dass wir bei der Verwendung von Holz und Produkten aus Holz (Papier, Karton, etc.), soweit es geht, auf heimisches Holz setzen. Die PEFC-Zertifizierung soll dazu als starkes Zertifikat für Holz aus Österreich weiterentwickelt werden. Ebenso soll auch weiterhin Holz als Material in der Bauindustrie, besonders im öffentlichen Bereich, forciert werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

- **Weiterentwicklung der PEFC-Herkunftskennzeichnung als starkes Zertifikat für Holz aus Österreich**
- **Weitere Forcierung des Holzbaus, besonders im öffentlichen Bereich**
- **Holz als nachhaltigen Werkstoff klar anerkennen und unnötige Dokumentations- und Nachweispflichten deutlich reduzieren. Nachhaltige Waldbewirtschaftung ist aktiver Klimaschutz.**

## **VI. BÄUERLICHES SOZIALSYSTEM VERBESSERN.**

**Das bäuerliche Sozialsystem unterstützt nicht nur in Not- und Unfallsituationen. Es ist auch Grundlage für unsere bäuerlichen Familienbetriebe und ihr generationsübergreifendes Denken und Handeln.**

- **Beendigung der Nachteile durch Mehrfachversicherung (z.B. Anrechnung der Beiträge auf die Mindestbeitragsberechnung)**

Landwirte sind oftmals auch als Selbstständige oder auch als Arbeiter/Angestellte tätig und zahlen daher bei mehreren Sozialversicherungsträgern ihre Beiträge ein. Bei Beiträgen über der Mindestbeitragsgrundlage werden die Beiträge zusammengerechnet. Im Gegensatz dazu ist eine solche wechselseitige Anrechnung der Beiträge bis zur Mindestbeitragsgrundlage nicht vorgesehen. Dieser Nachteil muss beseitigt werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Anrechnung der Beiträge auf die Mindestbeitragsgrundlage ab dem 1. Euro**

- **Gleicher Zugang für Bäuerinnen zur Schwerarbeitspension**

Vielen Landwirten steht aufgrund ihrer Tätigkeit der Anspruch auf die Schwerarbeiterpension zu. Bei Bäuerinnen, bei denen in den kommenden Jahren der Pensionsantritt bevorsteht, kommt es aufgrund der Gesetzeslage bis 1992 oftmals zu einem Ausschluss von der Schwerarbeiterpension. Diese Benachteiligung muss beseitigt werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Gleicher Zugang für Bäuerinnen zur Schwerarbeitspension**

- **Kostenbremse bei Sozialversicherungsbeiträgen**

Die Beiträge der bäuerlichen Sozialversicherung werden jährlich automatisch angepasst (erhöht). Grundlage für diese automatische Erhöhung ist die Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen aller Erwerbstätigen (Lohnabschlüsse, etc.). Seit vielen Jahren zeigt sich, dass die Entwicklung der bäuerlichen Einkommen einerseits und die der pauschalen Beitragsgrundlagen andererseits auseinanderklafft. Die in jüngster Zeit (inflationbedingt) stark erhöhten Kollektivvertragslöhne wurden somit auch in der bäuerlichen Sozialversicherung schlagend und diese Situation wurde noch verschärft. Die pauschalen Beitragsgrundlagen sollen in einer Durchschnittsbetrachtung die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe abbilden, andernfalls drohen sie verfassungswidrig zu werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Aussetzung der automatischen Beitragsanpassung in der bäuerlichen Sozialversicherung**

- **Entfall der SV-Beiträge (z.B. 1 Jahr) für Hinterbliebene bei Arbeitsunfällen mit Todesfolge**  
Statistisch gesehen passiert jede Woche ein Arbeitsunfall mit Todesfolge in der österr. Land- und Forstwirtschaft. Jeder Fall ist dabei zu viel und Maßnahmen in die Unfallprävention müssen verstärkt werden. Für die Hinterbliebenen ist so ein Todesfall neben der psychischen, oftmals auch eine finanzielle Belastung. Ein Entfall der SV-Beiträge (Übernahme der Beiträge durch die SVS) für die Hinterbliebenen würde oftmals eine rasche, unbürokratische Abhilfe schaffen.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Entfall der SV-Beiträge (z.B. 1 Jahr) für Hinterbliebene bei Arbeitsunfällen mit Todesfolge**

- **Erhöhung der Freibetragsgrenze (landwirtschaftliche Nebentätigkeit)**  
Oftmals leisten Land- und Forstwirte mehr als ihre Arbeit auf den Betrieben. Die landwirtschaftliche Nebentätigkeit (z.B. Schneeräumung, etc.) ermöglicht vielen ein zusätzliches Einkommen. Hier müssen die Freibetragsgrenzen durch die hohen Inflationsraten der letzten Jahre wertangepasst, also erhöht werden.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Erhöhung der Freibetragsgrenze (landwirtschaftliche Nebentätigkeit)**

- **Verdoppelung des SVS-Sicherheits- und Gesundheitshunderters**  
Die Unfall- und Krankheitsprävention in der Land- und Forstwirtschaft ist eine wichtige Aufgabe der Sozialversicherung der Selbstständigen. Jeder Unfall und jede Krankheit, die verhindert werden, erspart dem System dabei hohe Kosten. Die Maßnahmen des SVS-Sicherheits- und Gesundheitshunderters haben sich gut etabliert, reichen aber oftmals nicht aus. Eine Erhöhung hilft dem Landwirt, aber auch der Sozialversicherung doppelt.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Verdoppelung des SVS-Sicherheits- und Gesundheitshunderters**

## VII. BILDUNG ALS SCHLÜSSEL UNSERES ERFOLGS.

Unser System der Aus- und Weiterbildung in Österreich ist seit Generationen der Schlüssel für eine erfolgreiche Land- und Forstwirtschaft.

- **Stärkung der land- und forstwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung vom Fachschüler, Meister bis zum Master (z.B. Fachschul-Investitionsprogramm, Ausbau des Agrar-FH-Studienganges)**  
Unser System der Aus- und Weiterbildung in Österreich ist seit Generationen der Schlüssel für eine erfolgreiche Land- und Forstwirtschaft und unterliegt einem ständigen Wandel. Unsere Aufgabe ist es, unser Aus- und Weiterbildungssystem ständig weiterzuentwickeln und anzupassen. Unser Ziel ist es, Bildung und Weiterbildung für Junglandwirte ausbauen, um u.a. unternehmerische, fachliche und politische Kompetenzen zu stärken. Dazu dienen attraktive und moderne Fachschulen bis hin zum Ausbau unserer Agrar-FH mit einem Masterstudiengang, um der Jugend in Niederösterreich alle Möglichkeiten vom Meister bis hin zum Master anbieten zu können.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Stärkung der land- und forstwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung vom Fachschüler, Meister bis zum Master (z.B. Fachschul-Investitionsprogramm, Ausbau des Agrar-FH-Studienganges)**

- **Agrarlehrkräfte-Ausbildung neu gestalten: Mehr Durchlässigkeit und bessere Integration in bestehende Ausbildungen**

Unsere Lehrer an den landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen bilden die Grundlage für eine erfolgreiche Hofübernahme. Hier brauchen wir die besten Köpfe mit größtmöglichem Praxisbezug. In den letzten Jahren ist leider die Durchlässigkeit zwischen Praxis und Lehre verloren gegangen und die Ausbildung neuer Lehrer wird immer unattraktiver. An unseren Schulen bleiben offene Lehrstellen oftmals unbesetzt. Hier müssen wir reagieren.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Agrarlehrkräfte-Ausbildung neu gestalten: Mehr Durchlässigkeit und bessere Integration in bestehende Ausbildungen**

- **Schulung sowie Ausbau der tiergesundheitlichen Befugnisse für Landwirte (z.B. TGD) forcieren sowie die tierärztliche Versorgung sicherstellen**

Für unsere tierhaltenden Betriebe ist die tierärztliche Versorgung ein wichtiger Bestandteil. Leider sind auch weite Regionen Niederösterreichs bereits von einem Mangel an „Nutztier“-Tierärzten betroffen. Neben Maßnahmen zur Attraktivierung des Berufsbildes des Nutztierarztes könnten unsere tierhaltenden Betriebe im Zuge des Tiergesundheitsdienstes vermehrt Tätigkeiten, die bisher nur dem Tierarzt vorbehalten waren, selbst übernehmen.

**ALS NÖ BAUERNBUND FORDERN WIR:**

**Schulung sowie Ausbau der tiergesundheitlichen Befugnisse für Landwirte (z.B. TGD) forcieren sowie die tierärztliche Versorgung sicherstellen**



